

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Michael Leutert, Jan van Aken, Agnes Alpers, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Christine Buchholz, Eva Bulling-Schröter, Dr. Martina Bunge, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Heidrun Dittrich, Werner Dreibus, Dr. Dagmar Enkelmann, Klaus Ernst, Wolfgang Gehrcke, Nicole Gohlke, Diana Golze, Annette Groth, Dr. Gregor Gysi, Heike Hänsel, Dr. Rosemarie Hein, Inge Höger, Dr. Barbara Höll, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Dr. Lukrezia Jochimsen, Katja Kipping, Harald Koch, Jan Korte, Jutta Krellmann, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Stefan Liebich, Ulla Lötzer, Thomas Lutze, Ulrich Maurer, Dorothee Menzner, Cornelia Möhring, Kornelia Möller, Niema Movassat, Wolfgang Neskovic, Thomas Nord, Petra Pau, Jens Petermann, Richard Pitterle, Yvonne Ploetz, Ingrid Remmers, Paul Schäfer (Köln), Michael Schlecht, Dr. Herbert Schui, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Raju Sharma, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Dr. Kirsten Tackmann, Frank Tempel, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak, Harald Weinberg, Katrin Werner, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/200, 17/201, 17/623, 17/624, 17/625 –**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- CDU/CSU und FDP setzen die Politik der Umverteilung von unten nach oben, die ihre Vorgängerregierungen begonnen haben, entschlossen fort. Klientelpolitik versuchen CDU/CSU und die „Mövenpick-Partei“ FDP als sogenannte Wachstumsbeschleunigung zu verkaufen. Aus Sicht der Begünstigten führen gezielte Spenden an Regierungsparteien sowie das persönliche Anfüttern politischer Entscheidungsträger mit Vortragshonoraren und anderen Zuwendungen zu einem vielfach höheren finanziellen Vorteil. Die Bundesregierung erlässt Hotelbesitzern, Kapitaleigentümern und reichen Erben jährlich 8 Mrd. Euro. Der von der Koalition beschlossene höhere Kinderfreibetrag nutzt Besserverdienenden, während Familien mit niedrigem Einkom-

men völlig leer ausgehen. Die Einnahmebasis des Staates wird gezielt ausgehöhlt, um einen angeblichen Sachzwang für Sozialabbau zu schaffen.

- CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in den vergangenen Legislaturperioden mit Unterstützung der FDP Gesetze durchgesetzt, die die jetzige Finanz- und Wirtschaftskrise erst möglich gemacht haben. Der vorsätzlich vorangetriebene Ausbau des Verbriefungsmarktes, private Ratingagenturen und die Zulassung von Hedgefonds in Deutschland gehören zu den wichtigsten Auslösern der Finanzkrise und der wirtschaftlichen Rezession. Hedgefonds ist es ermöglicht worden, solide Unternehmen zu kapern, auszuweiden und zu Grunde zu richten. Jetzt spekulieren Hedgefonds auf die Pleite ganzer Staaten. Ratingagenturen lassen sich geschönte Einschätzungen von „Giftpapieren“ von den Verkäufern dieser „Giftpapiere“ bezahlen. Die Wertlosigkeit von Kreditforderungen konnte durch Verbriefungen verschleiert werden. Entgegen ihren Lippenbekenntnissen weigern sich CDU/CSU und FDP immer noch, die Finanzmärkte wirksam zu regulieren. Stattdessen organisieren sie die Vergesellschaftung der durch die Zockerei der Banken verursachten Milliardenverluste und bürdern diese den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern auf.
- Erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (NRW) im Mai 2010 wird die Bundesregierung die Einsparmaßnahmen offenlegen, mit deren Hilfe sie die Rekordverschuldung abbauen will. CDU/CSU und FDP weigern sich, wirtschaftlich Leistungsfähige und Krisenverursacher stärker an den Kosten des Gemeinwesens zu beteiligen. Aus dieser falschen Logik folgt, dass nur durch Einsparungen der durch die Schuldenbremse vorgeschriebene Konsolidierungspfad eingehalten werden kann. Um die entsprechenden Grausamkeiten nicht bereits vor der NRW-Wahl offenbaren zu müssen, hat die Bundesregierung sich geweigert, eine aktualisierte mittelfristige Finanzplanung vorzulegen. Aus demselben Grund hat die Bundesregierung das im Koalitionsvertrag vorgesehene Top-down-Verfahren bei der Haushaltsaufstellung vertagt. Hätte sie dieses Verfahren bereits bei der jetzt laufenden Aufstellung des Bundeshaushalts für das kommende Jahr 2011 angewendet, könnte nicht verheimlicht werden, wer unter den Ausgabenkürzungen leiden wird.
- Einzelplanberatungen und Bereinigungssitzung im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages haben immer wieder deutlich gemacht, dass der Haushaltsentwurf der Bundesregierung dem Prinzip der Umverteilung von unten nach oben folgt. Leistungen für sozial Benachteiligte werden gekürzt, ein wirksames Programm zur Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze gibt es nicht. Stattdessen werden Instrumente fortgeschrieben, die sich bereits seit vielen Jahren als untauglich erwiesen haben. Es fehlen Ansätze, die dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegenwirken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ein wirksames und in sich schlüssiges Zukunftsprogramm aufzulegen;
- Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu überwinden;
- die Rüstungsausgaben, insbesondere die Ausgaben für Auslandseinsätze der Bundeswehr, im Vergleich zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung zu senken.

Zukunftsprogramm

4 Mrd. Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung

3 Mrd. Euro für eine kommunale Investitionspauschale

- 2,9 Mrd. Euro für einen Energiesparfonds und erhöhte Förderung erneuerbarer Energien
- 2,5 Mrd. Euro für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern
- 1,3 Mrd. Euro für den Hochschulpakt
- 1 Mrd. Euro für Prävention und Gesundheitsförderung
- 600 Mio. Euro für Konversionsmaßnahmen
- 500 Mio. Euro für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur in strukturschwachen Gebieten in den neuen und alten Bundesländern und gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an Arbeit sowie gleichberechtigter Förderung von Genossenschaften
- 500 Mio. Euro für die nichtkommerzielle Pharmaforschung
- 295 Mio. Euro für Erwachsenenbildungsförderung und BAföG
- 53 Mio. Euro für die Aufstockung der Förderung der Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern
- 50 Mio. Euro für die energetische Gebäudesanierung
- 46 Mio. Euro für die Fortsetzung des Stadtumbaus Ost und Nutzung der Erfahrungen in den alten Ländern bei der Förderung städtebaulicher Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen
- 30 Mio. Euro für eine deutsche digitale Bibliothek
- 25 Mio. Euro für ein Sonderprogramm für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern
- 20 Mio. Euro für die Errichtung von Sportstätten für den Breitensport „Goldener Plan Ost“ (unter ausgewogener Berücksichtigung von Frauensportarten) und Ausdehnung des Programms auf alle Bundesländer
- 2,5 Mio. Euro für die Aufstockung der Förderung des Absatzes ostdeutscher Produkte von kleinen und mittleren Unternehmen
- 0,2 Mio. Euro für die Stiftung für das sorbische Volk

Hartz IV überwinden

Neben der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch das Zukunftsprogramm sind erforderlich:

- 16 Mrd. Euro zur Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) und im Alter auf 500 Euro pro Monat
- 3,3 Mrd. Euro für den Kinderzuschlag
- 4,8 Mrd. Euro zur Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I (ALG I) (Finanzierung aus der Nichtabführung des Eingliederungsbeitrags der Bundesagentur für Arbeit)
- 0,7 Mrd. Euro zur Aufstockung der Gelder für aktive Arbeitsmarktpolitik entsprechend des erwarteten Anstieges der Erwerbslosigkeit im SGB-II-Bereich und Ermöglichung der Umwandlung von passiven in aktive Leistungen, um so den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse voranzutreiben (Deckungsfähigkeit des Arbeitslosengeldes II und der Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung mit den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit)

Sozialkassen stärken

5 Mrd. Euro angemessene Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung für ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher zahlen

Rentengerechtigkeit herstellen

1,2 Mrd. Euro für die Anhebung des Rentenwerts Ost an den Rentenwert West

Gerechtes Elterngeld auch für Menschen mit niedrigem Einkommen

2,5 Mrd. Euro zur Aufstockung des Mindestelterngeldes und Verlängerung der Bezugsdauer (auf bis zu 24 Monate)

Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit

1,1 Mrd. Euro für die Verstärkung der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, für den Wiederaufbau in Haiti, für den Ausbau des zivilen Friedensdienstes, für die Verstärkung der Finanzialen und Technischen Zusammenarbeit

Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

31 Mio. Euro insbesondere zur Finanzierung der wegen fehlender Mittel abgelehnten Modellprojekte

Finanzierung

49 Mrd. Euro durch stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, Sonderabgabe auf Boni in der Finanzbranche, Einführung einer Millionärsteuer, Einführung einer Finanzkrisenverantwortungsgebühr, Besteuerung von Gewinnen beim Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften, Rücknahme der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 Prozent auf 15 Prozent, Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer, Kapitalerträge wieder zum persönlichen Steuersatz versteuern, Abschöpfung der leistungslos erzielten Sondergewinne der Stromversorgungsunternehmen aus dem Emissionshandel, Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken

4 Mrd. Euro durch die Beendigung von Auslandseinsätzen, den Verzicht auf Offensivmittel wie Eurofighter, Großraumtransportflugzeug A400M und NATO-Hubschrauber NH90 sowie weitere Einsparungen im Verteidigungsetat

2,6 Mrd. Euro durch den Abschluss des Schiedsgerichtsverfahrens wegen der Verzögerung bei der Einführung und der anfänglichen Mängel beim Aufbau des Lkw-Mautsystems

Angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss.

Berlin, den 15. März 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion